

KEYNES UND KALECKI ÜBER DIE DILEMMATA DES MR. CORBYN

Jan Toporowski

Der polnische Wirtschaftswissenschaftler Michał Kalecki (1899-1970) starb vor etwa 45 Jahren, leider bevor er seine Gedanken zu den aktuellen Entwicklungen in der Arbeiterpartei preisgeben konnte. Er war berühmt für seine Weigerung, einer politischen Partei beizutreten. Seine Begründung war, dass dies die Objektivität seiner Analyse beeinträchtigen könnte. Es ist also unwahrscheinlich, dass Kalecki von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hätte, der Labour Party beizutreten, um bei der Wahl des Parteivorsitzenden mitstimmen zu können. Von den Kandidaten, die sich bei der Wahl zum Parteivorsitzenden vorstellten, wäre jedoch zweifellos der Sozialismus von Jeremy Corbyn für ihn attraktiver gewesen als der zaghafte Gradualismus der anderen Kandidaten. Aber wäre dies sein letztes Wort in dieser Angelegenheit gewesen? Ich glaube nicht, denn die politische Debatte, die durch Jeremy Corbyns Wahl eröffnet wurde, wirft zu viele Fragen auf, die im Zentrum der politischen Ökonomie von Kalecki und John Maynard Keynes stehen, der zwar ein Sympathisant der Liberalen war, aber dennoch viele Sozialisten unterstützte, darunter auch Kalecki, als dieser von 1936 bis zum Ende des Krieges in England lebte.

Zentral für diese politische Ökonomie ist die Rolle des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine Ansicht dazu hatte John Maynard Keynes geäußert, als er in den letzten Sätzen seiner General Theory die "Potenz" seiner Ideen erklärte: "... die Ideen der Ökonomen und politischen Philosophen, sowohl wenn sie richtig als auch wenn sie falsch sind, sind mächtiger als gemeinhin verstanden wird... ...die Macht der Besitzstandswahrung wird im Vergleich zum allmählichen Eindringen der Ideen stark übertrieben... ...früher oder später sind es die Ideen, nicht die Besitzstandswahrung, die für Gut oder Böse gefährlich sind."

Dieser Idealismus führt zu einer instrumentellen Sicht des Staates. Um das Glück seiner Bürger*innen zu sichern, wäre es lediglich erforderlich, dass der weise Herrscher eine richtige Politik verfolgt. Wenn die Bürger*innen unglücklich und unterdrückt sind, könne der Herrscher ihr Elend durch eine aufgeklärtere Staatspolitik lindern. Der deutsche Sozialdemokrat Emil Lederer (1882-1939), dessen Werk einen Großteil von Kaleckis ökonomischer Analyse vorwegnimmt, erkannte am deutlichsten den Geist von Keynes' Ansatz. Für Lederer war Keynes ein Philosoph der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, der glaubte, man müsse dem aufgeklärten politischen Establishment nur die Maßnahmen erklären, die mit der Vernunft und dem Naturrecht übereinstimmen und die Umsetzung dieser Maßnahmen würde die Untertanen des Herrschers glücklich machen. Was Keynes nicht verstand, war, dass das, was vernünftig ist, die Zerstörung von Privilegien und sozialer Stellung bedeuten kann. Der Glaube, dass sich die Vernunft in einer Klassengesellschaft durchsetzt, ist utopisch.

Kalecki hat diesen Fehler nicht gemacht. Seine Publizistik in der Vorkriegszeit und seine wichtigsten Schriften zur politischen Ökonomie, die "Politischen Aspekte der Vollbeschäftigung" aus der Zeit des Krieges und seine "Beobachtungen zur ,entscheidenden Reform'" (gemeinsam mit Tadeusz Kowalik verfasst), zeigen, dass er sich der, wie er es nannte, "Macht der Kapitalisten in der Gesellschaft"

sowie ihres Einflusses auf den Staat voll bewusst war. Im Prinzip ist es für den Staat leicht genug, durch Steuerung der Gesamtnachfrage Vollbeschäftigung und steigenden Wohlstand zu sichern. Aber ob die Kapitalisten es zulassen würden, dass ihre privilegierten Einkommen und ihr politischer und gesellschaftlicher Einfluss auf diese Weise beeinträchtigt werden, ist eine andere Frage. Sie könnten den Staat jederzeit durch einen "Investitionsstreik" zum Rückzug aus fortschrittlichen Maßnahmen zwingen und würden immer Ökonomen finden, die bereit wären, einen Zustand der Vollbeschäftigung und steigender Löhne als "offensichtlich unvernünftig" zu denunzieren. Wie Kalecki schrieb, "besteht die soziale Funktion der Doktrin der 'gesunden Finanzen' darin, das Beschäftigungsniveau vom Vertrauenszustand der Kapitalisten abhängig zu machen", und nicht von der Politik des Staates.

Jeremy Corbyn wurde mit einem Programm gewählt, das selbstverständlich viel radikaler war als alles, was Keynes vorschwebte. Bei all seiner fiskalischen Abenteuerlust war Keynes bemerkenswert zaghaft in Bezug auf die Arbeitslosenversicherung und hielt die Verstaatlichung der Eisenbahnen für "irrelevant". Aber Corbyns Programm für seine Wahl zum Parteivorsitzenden teilt den Utopismus von Keynes in seiner instrumentellen Sicht auf den Staat: Er glaubt, dass es lediglich notwendig sei, ein ausreichend radikales Programm zu haben, gewählt zu werden und dieses Programm dann mit ausreichender Entschlossenheit umzusetzen. In seinem Programm gibt es kaum Zweifel daran, dass die nominell staatliche Bank of England das Geld für die im Programm vorgesehenen Ausgaben bereitstellen würde, oder dass solche Ausgaben die britische Wirtschaft und Gesellschaft beleben könnten.

Was aber fehlt, ist eine Analyse der Klassenstruktur der britischen Gesellschaft, die eine neue radikale Labour-Partei tragen soll, verbunden mit einer Analyse der wirtschaftlichen Struktur Großbritanniens. Dies ist erforderlich, um die Klassenmacht des internationalen Big Business aufzudecken, dessen Investitionen die Dynamik des privaten Sektors in Großbritannien bestimmen. Und dann gibt es noch die Macht des Finanzwesens, das auf einzigartige Weise mit den dominierenden internationalen Konzernen verbunden ist. Die Verfechter des Kapitalismus preisen die Dynamik der kleinen und mittleren Unternehmen, die den größten Teil der Arbeitskräfte des Privatsektors beschäftigen. Dieser Sektor wird jedoch durch die deflationäre Politik und die globalen Finanzmanipulationen des Big Business unterdrückt. All dies wurde in dem Glauben übersehen, dass es nur die "Sparsamkeit" des Staates sei, die die Rückkehr zu großzügigen Sozialleistungen und öffentlichen Investitionen verhindern würde. Das Fehlen sowohl der Klassenanalyse als auch der ökonomischen Analyse ist entscheidend. Ein politisches Programm, das nur vom Enthusiasmus der aufgeklärten Minderheit und der radikalisierten Jugend getragen wird, hat zwei große Hindernisse zu überwinden: Wahlen, bei denen um die breitere Unterstützung geworben werden muss, und dann die Umsetzung dieses Programms, bei dem sich der Staat durchaus als unfähig erweisen kann, weil er nicht nur dazu da ist, Politik umzusetzen, sondern auch die Machtverteilung in der Gesellschaft zu sichern. Ein Scheitern kann auf einen Mangel an Entschlossenheit zurückgeführt werden. Aber es sollte nicht an einer mangelnden Vorbereitung auf die Macht liegen.

Die instrumentelle Sicht auf den Staat, die sich die Linke in der Labour Party zu eigen gemacht hat, ist das offensichtlichsste Zeichen für das Abdriften dieser Linken in Richtung eines ultralinken Voluntarismus: der Glaube, es würde ausreichen, sich auf das richtige Programm zu einigen, damit dieses Programm dann vom Staat umgesetzt werden kann. Das ist ein Echo auf die Politik der Ultralinken in Griechenland, die sich in den schizophrenen Glauben verrannt haben, dass die europäischen Institutionen einen kapitalistischen Superstaat verkörpern, der griechische Nationalstaat aber den Arbeiter*innen dienen könne. In der Frage nach dem Wesen des britischen Staates sind sich die Linken nicht einig. Aber eine Einigung in dieser Frage ist auch nicht wesentlich.

Was jedoch wesentlich ist, ist, die Gesellschaft und die Wirtschaft, die die Natur unseres Staates ausmachen, zu verstehen. Daraus wird dann ersichtlich, inwieweit die Staatsmacht die Gesellschaft transformieren kann und wo die Hindernisse für diese Transformation liegen. Kalecki hat dies verstanden.

Ungeachtet der Alarmsignale der Medien und der Ängste der parlamentarischen Labour-Partei vertritt Corbyns Wahlprogramm weitgehend moderate sozialistische Ziele. Aber ohne eine Analyse, wie die vorgeschlagenen Veränderungen herbeigeführt werden sollen, wird die Labour Party auf die Funktion reduziert, einen Führer in die Downing Street zu bringen, der dieses sozialistische Programm umsetzen wird. Das ist keine politisch praktikable Strategie, sondern ein Herangehen, das aus Blairs New-Labour-Projekt stammt, das die Transformation der Labour Party durch die Transformation der Gesellschaft ersetzte. Ein wichtiger Teil dieses Projekts war die Delegation der Politikumsetzung an den Parteivorsitzenden. Dieses Erbe muss beiseitegelegt und es muss eine Diskussion darüber begonnen werden, wie sich die Partei mit der Gesellschaft auseinandersetzt und wie sie unsere desaströse Wirtschaft umgestalten kann. Das Schweigen der Parteiführung seit der Ernennung des Schattenkabinetts liegt nicht nur daran, dass die Führung nicht über den Staat verfügt, um ihre Politik umzusetzen, sondern auch daran, dass das Programm des Leaders nicht erkennen lässt, wie dieser Staat gewonnen werden soll und ein Instrument zur Verbesserung der Gesellschaft und unserer wirtschaftlichen Lage sein kann. Das sind die schwierigen Fragen für Herrn Corbyn.

Jan Toporowski ist der Autor von Michał Kalecki An Intellectual Biography Volume I Rendezvous in Cambridge 1899-1939 Basingstoke: Palgrave 2013.